

OFFENBACH-POST

Offenbacher Zeitung

Mittwoch, 12. Oktober 2022

Nr. 237 · D 5461 · B1 · € 2,00

Dritter Trainer für den OFC

Nach Schmidt und Kaminski ist Parlatan im Anflug
» SPORT SEITE 31

Miese Noten im ADAC-Test

Hessens Autobahn-Raststätten schneiden schlecht ab
» SEITE 4

Die Cartwrights kommen

„Bonanza“ erobert vor 60 Jahren das deutsche TV
» SEITE 8



ANZEIGE

berufsakademie Rhein-Main
SPEED-DATING
Große duale Studienplatzbörse
- Gleich anmelden -
Mi. 19.10. - 16 - 18 Uhr
Anmeldung unter: www.ba-rm.de

Sport für Sehbehinderte

Auch Sehbehinderte und Blinde können Sport treiben. Geeignete Sportarten stellen die Selbsthilfegruppe Pro Retina und die Turngemeinde Weiskirchen in der „Woche des Sehens“ vor. Beim Tischball zum Beispiel orientieren sich die Spielerinnen und Spieler ausschließlich nach Gehör. Beim Klettern hingegen sind vorwiegend Tastsinn und Gleichgewicht gefragt. Mit speziellen Geräten ist Sehbehinderten und Blinden sogar das Sportschießen möglich.
ZIKOFOTO: KARIN KLEMT
» RODGAU SEITE 26



BUND-Klage gegen Rodungen abgewiesen

Langen – Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revisionsklage des BUND Hessens gegen den Kies- und Sandabbau am Langener Waldsee letztinstanzlich zurückgewiesen. Damit dürfte der neun Jahre dauernde Rechtsstreit um die Rodung des Bannwaldes nun sein Ende finden. Die Firma Sehring wertete das Urteil als „Erfolg für die Rohstoffgewinnung“ und erwartet, dass der BUND diese höchstrichterliche Entscheidung nun akzeptiert. „Natürlich sind wir enttäuscht“, sagt dessen Sprecherin Lynn Anders. „Wir hatten gehofft, den Wald mit unserer Klage retten zu können.“ Das Aktionsbündnis Langener Bannwald kündigt derweil an, auch weiterhin für den Erhalt der Bäume auf die Straße gehen zu wollen.
msc
» LANGEN SEITE 20

EIN-SPRUCH



„Das wird jetzt brutal klingen, was ich sage. Aber Hoffnung für den Frieden heißt Donald Trump“
ZIKOFOTO: KARIN KLEMT
» RODGAU SEITE 26

Victor Orbán, Regierungschef von Ungarn, setzt auf den früheren US-Präsidenten als Vermittler zwischen Moskau und Washington in der Ukraine-Krise.

OFFENBACH

Straßensperrung

Autofahrer nutzen den Bierbrauereiweg als beliebte Abkürzung von Bieber zur Mühlheimer Straße, obwohl dieser nur für Anlieger frei ist. Der Durchgangsverkehr ist immens. Nun wurde er gesperrt. Anwohner hatten lange dafür gekämpft.
» SEITE 9

DREIEICH

Nachhaltig leben

Das Thema Nachhaltigkeit spielt für viele Menschen eine immer größere Rolle. In der Dreieichenhainer Altstadt führt Anja Spiegel einen Laden nur mit nachhaltigen Produkten – zum Beispiel Taschen aus alten Feuerwehrschränken.
» SEITE 18

Mehr Unterkünfte, längere Grenzkontrollen

Bund will Länder mit zusätzlichen Immobilien für Geflüchtete unterstützen

Berlin – Angesichts steigender Flüchtlingszahlen will der Bund den Ländern und Kommunen 56 zusätzliche Bundesimmobilien für die Unterbringung von 4000 Geflüchteten zur Verfügung stellen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte nach einem Spitzengespräch mit Vertretern von Ländern und Kommunen am Dienstag zudem eine Verlängerung der Kontrollen an der Grenze zwischen Bayern und Österreich über den November hinaus an. Die serbische Regierung forderte sie im Namen der Bundesregierung auf, die visumfreie Einreise für Staatsangehörige vieler Drittstaaten, die zu einer Zunahme der unerlaubten Einreisen in die EU geführt habe, zu stoppen. Finanzielle Zusagen machte Faeser nicht. Wie sich der Bund finanziell an den Flücht-

lingskosten beteiligen will, soll in einer Bund-Länder-Runde Anfang November geklärt werden. Auch Prognosen, wie viele Geflüchtete dieses Jahr noch nach Deutschland kommen werden, machte die Ministerin nicht. Sie sagte: „Wir können nicht absehen, wie Russlands verbrecherischer Angriffskrieg weitergeht.“ Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Bayerns Ressortchef Joachim Herrmann (CSU), sagte, die Bereitstellung weiterer Immobilien des Bundes müsse angesichts der akuten Engpässe mit hohem Tempo vorangetrieben werden. Er begrüßte die Verlängerung der Grenzkontrollen. „Die zunehmend angespannte Lage bei der Aufnahme von Geflüchteten gebietet es, sämtliche Möglichkeiten zu nutzen. Es kann nicht gehen, dass Menschen jetzt

wieder in Turnhallen untergebracht werden müssen, solange Kapazitäten vorhanden sind“, sagte die Grünen-Migrationsexpertin Filiz Polat.

Renovierungen vorab notwendig

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, sagte, die Situation sei

mancherorts sehr kritisch. In Leipzig seien bereits Zeltstädte errichtet worden. In Dresden müsse eine Messehalle für die Unterbringung genutzt werden. Die Situation sei vergleichbar mit den Jahren der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und 2016. Auch die Betreuung der vielen unbegleiteten Minderjährigen sei eine große Herausforderung. Jung betonte gleichzeitig

die immer noch große Hilfsbereitschaft der Mehrheit der Bevölkerung. Er verurteilte Demonstrationen, die am Montagabend in Leipzig ukrainische Flüchtlinge beschimpft hatten. Der SPD-Politiker sagte, unter den Demonstranten seien Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Feinde der Demokratie und Menschen, die Verständnis für den russischen Präsidenten Wladimir

Putin zeigen, gewesen. Faeser sagte, die 300 bislang angebotenen Immobilien des Bundes seien bisher erst zu 68 Prozent ausgelastet. Sie räumte jedoch ein, dass in der Regel vor einer Nutzung für Flüchtlinge Renovierungen notwendig seien. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) hat sich mit dem Ergebnis des Flüchtlingsgipfels vom Bund enttäuscht gezeigt. Es mangle nach wie vor an konkreten Zusagen für Hilfen bei den Flüchtlingskosten, sagte der Sprecher der unionsgeführten Innenministerien am Dienstag in Wiesbaden. Seit April warteten die Kommunen auf eine klare Aussage, wie der Bund sie bei der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Ländern finanziell unterstützen wird, so Beuth.
dpa
» POLITIK

Migrationsbeauftragte warnt vor „hartem Kriegswinter“

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, schließt eine erneut steigende Zahl von Flüchtenden aus der Ukraine in den nächsten Monaten nicht aus. „Zurzeit sind die Zahlen der neu ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine weiter rückläufig, rund 150 pro Tag, aber ein harter Kriegswinter kann das ändern“, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk

Deutschland. Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass solche Änderungen in erster Linie die Nachbarländer Polen und Tschechien trafen. Deutschland müsse „in engem Austausch mit unseren Nachbarländern bleiben und bereit sein zur weiteren Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und großer Not aus der Ukraine fliehen“, so Alabali-Radovan.
epd

Neue Angriffe auf ukrainische Städte

UN und Nato werten russischen Beschuss als mögliches Kriegsverbrechen

Kiew/Moskau – Russland hat die Ukraine am Dienstag erneut mit Raketen angegriffen. Explosionen gab es wieder in der Umgebung der Hauptstadt Kiew und mehreren weiteren Regionen. Der Beschuss auf zivile Ziele wird von Experten der Vereinten Nationen als mögliches Kriegsverbrechen gewertet und trifft in der Nato auf scharfen Protest. Nach der militärischen Eskalation setzte Moskau nun plötzlich ein anderes Signal. Angeblich ist Präsident Wladimir Putin zum Gespräch mit US-Präsident Joe Biden bereit.

Wenn Washington ein solches Treffen beim G20-Gipfel anbiete, werde Moskau dies prüfen, sagte Außenminister Sergej Lawrow – pochte aber auf Moskaus Kriegsziele. Putin hatte die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine gefordert. Außerdem soll die Ukraine von Russland annektiertes Gebiet aufgeben und künftig neutral bleiben.

Die Ukraine lehnt diese Forderungen ab und verlangt, dass russische Truppen vor Beginn von Verhandlungen besetztes Land räumen. Putin will sich zunächst am Donnerstag mit dem türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan treffen,

und zwar am Rande des Gipfels der Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) in Astana. Die Türkei sieht sich als möglichen Vermittler. „Ein Waffenstillstand muss so schnell wie möglich

hergestellt werden“, so Außenminister Mevlüt Cavusoglu.

Die Angriffe mit Raketen und Kampfdrohnen gingen weiter, nicht nur in der Umgebung von Kiew, sondern auch in Saporischschja im Süden sowie in den Gebieten Chmelnyzkyj, Dnipropetrowsk, Wynnizja, Mykolajiw und Rivne.

Die sieben führenden demokratischen Wirtschaftsmächte verurteilten die Raketenangriffe aufs Schärfste und sicherten den ukrainischen Streitkräften weitere Unterstützung zu. Nach einer Videokonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj erinnerten die Staats- und Regierungschefs der G7 daran, dass „wahllose Angriffe auf unschuldige Zivilisten ein Kriegsverbrechen“ darstellten: „Wir werden Präsident Putin und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.“ Die G7 verurteilten auch die „illegal versuchte Annexion“ von Regionen.
dpa/wfp



Rettenungskräfte schauen auf die Trümmer eines zerstörten Wohnhauses in Saporischschja.
FOTO: DPA

Anklage gegen Schüler wegen Anschlagverdachts

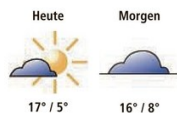
Karlsruhe/Düsseldorf – Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage gegen den Essener Schüler erhoben, der im Mai offenbar einen Anschlag auf seine Schule verüben wollte. Der Angeklagte sei hinreichend verdächtig, als „Jugendlicher mit Verantwortungsreife“ ein schwere staatsgefährdende

Gewalttat vorbereitet zu haben, erklärte der Generalbundesanwalt am Dienstag in Karlsruhe. Zudem sei der Gymnasiast, der sich zurzeit in Untersuchungshaft befindet, wegen Terrorismusfinanzierung sowie Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz angeklagt. Ein Waffenarsenal konnte beschlagnahmt werden.
epd

Proteste offenbar auch in Irans Ölindustrie

Teheran – Bei den anhaltenden Unruhen im Iran soll es nach unbestätigten Berichten in sozialen Medien auch zu Protesten in der iranischen Öl- und Gasindustrie im Süden des Landes gekommen sein. In den Berichten vom Dienstag war auch von Streiks in der Assaluyeh-Raffinerie am Persischen Golf die Rede. In nicht

verifizierbaren Videos rufen Arbeiter Parolen gegen die islamische Führung, einige von ihnen sollen verhaftet worden sein. Die Regierung in Teheran hat sich zu diesen Protesten bislang nicht geäußert. Der Öl- und Gassektor ist die Haupteinnahmequelle des „Gottesstaates“ und deshalb von großer Bedeutung.
dpa



GEWINNZAHLEN SEITE 4
BÖRSE SEITE 6
TV-PROGRAMM SEITE 38
WETTER SEITE 39

Pressehaus Bintz-Verlag
GmbH & Co. KG
63002 Offenbach
Postfach 100263
Abonnement: ☎ 069 85008-5
Zentrale: ☎ 069 85008-0
Anzeigen: ☎ 069 85008-8
anzeigen@op-online.de
leserservice@op-online.de
3 0041
4 190546 102002